

## Bahnhof Sargans – keine Abwertung

Der Bahnhof Sargans war Thema einer kleinen Anfrage des FBP-Abgeordneten Alois Beck. «Bleibt Sargans nun ein Systemknotenpunkt im SBB-Netz? Kann damit unsere Wirtschaft weiter von den bisher geltenden günstigen Verkehrsverbindungen profitieren?», fragte er am Mittwoch in der Landtags-sitzung. Verkehrsministerin Rita Kieber-Beck gab folgendermassen Auskunft:

«Es ist richtig, dass sich die Regierung gegen eine Abwertung des Bahnhofes Sargans stark eingesetzt hat. Sowohl seitens des Ressort Äusseres als auch seitens des Ressorts Verkehr und Kommunikation wurde bei den verantwortlichen Ministerien in Bern auf die Bedeutung eines attraktiven Bahnhofes Sargans für die Region und speziell



Der FBP-Abgeordnete Alois Beck wolle Klarheit in Sachen Bahnhof Sargans. (Bild: Paul Trummer)

für Liechtenstein aufmerksam gemacht. Darüber hinaus beteiligte sich das Ressort Verkehr und Kommunikation aktiv an der Sammlung von Unterschriften für eine Petition an die Schweizerischen Bundesbahnen. 39 372 Unterschriften konnten im Mai 2002 an SBB-Generaldirektor Weibel übergeben werden.

Neben den verschiedenen Aktivitäten aus der Region konnte die Regierung vor allem auf die Unterstützung verschiedenster Interessensgruppen zählen. Unter anderem setzte sich auch die Liechtensteinische Industrie- und Handelskammer stark gegen eine Abwertung des Bahnhofes Sargans ein.

Die Interventionen zeitigten auch einen Erfolg: Die SBB wird den Bahnhof Sargans in seiner Bedeutung beibehalten. Liechtensteins Wirtschaft und Tourismus können also weiterhin auf die günstigen Bahnverbindungen in Sargans zählen.

Dies bestätigte heute auch die SBB auf Nachfrage: Weder kurz- noch mittelfristig sei eine Abwertung des Bahnhofes Sargans geplant. Auch im Konzept Bahn 2000, 2. Etappe, welches bis ins Jahr 2020 reicht, ist Sargans als vollwertiger Systemknotenbahnhof berücksichtigt.

## Schulzentrum Unterland wichtig

Der FL-Abgeordnete Paul Vogt wies im Rahmen einer kleinen Anfrage darauf hin, dass der Landtag dem Schulzentrum Unterland eine höhere Priorität gegeben habe. Er wolle deswegen wissen, was in dieser Beziehung bis jetzt gemacht wurde. Regierungschef Otmar Hasler führte aus, dass auch die Regierung dem Schulzentrum Unterland II hohe Priorität beimesse: «Die Regierung hat eine Machbarkeitsstudie und Entwicklungsmöglichkeiten durch ein Architekturbüro ausarbeiten lassen. Zudem wurden Schülerzahlberechnungen durchgeführt und Abklärungen betreffend die Unterbringung von Schultypen im Schulzentrum Unterland II getroffen. Aufgrund der finanziellen Situation ist vorgesehen, den Antrag an den Landtag für einen Verpflichtungskredit im Jahr 2003, und nicht wie im letztjährigen Hochbaubericht ausgeführt, im Jahr 2002 zu stellen. In der Folge soll mit den Planungsarbeiten begonnen werden», so Otmar Hasler wörtlich.

# «Kosten werden weiter steigen»

Gesundheitsminister Frick gibt Auskunft über den Stand der Gesundheitsreform

«Es muss einem bewusst sein, dass in naher Zukunft die Kosten trotz den von der Regierung bereits realisierten und noch vorgesehenen Massnahmen weiter steigen werden», erklärte Gesundheitsminister Hansjörg Frick auf eine kleine Anfrage des FL-Abgeordneten Paul Vogt.

Paul Vogt hatte von der Regierung wissen wollen, wie es denn mit den Gesundheitsreformen ausschaue und was mit dem Hausarztssystem geschehe. Regierungsrat Frick antwortete wie folgt:

«Unmittelbar nach der Landtagsdebatte am 13. Dezember 2001, welche befristete Sofortmassnahmen im Gesundheitswesen, sprich den Zulassungsstopp für Ärzte und Ärztinnen beschloss, wurde am 18. Dezember 2001 von der Regierung eine Arbeitsgruppe eingesetzt. Diese Gruppe setzte sich zusammen aus Mitarbeitern des Ressorts, des Amtes für Volkswirtschaft, der Sanitätskommission, Vertretern des Liechtensteinischen Ärztevereins, ein Vertreter des Liechtensteinischen Krankenkassenverbandes sowie Experten aus dem Gesundheitsbereich, die nach Bedarf zugezogen wurden. Ihre Aufgabe bestand darin, das heutige Gesundheitssystem zu überprüfen und Verbesserungsmassnahmen zur Eindämmung der Kostensteigerungen im Gesundheitswesen und zur Einschränkung der Zulassung von Ärzten auszuarbeiten.

### Kostensteigerung absehbar

Der Bericht dieser Arbeitsgruppe



Bei den Krankenkassenkosten ist noch keine Genesung in Sicht.

(Bild: Wodicka)

beinhaltet sehr viele verschiedene Ansatzpunkte und wurde von der Regierung am 9. Juli 2002 zur Kenntnis genommen. Seither fanden weitere intensive Gespräche mit Krankenkassen und Ärzterein über zusätzliche Massnahmen statt, um die Kostensteigerung in den Griff zu bekommen. Dabei muss einem bewusst sein, dass in naher Zukunft die Kosten trotz den von der Regierung bereits realisierten und noch vorgesehenen Massnahmen weiter steigen werden, da die noch vor dem Ärztestopp zugelassenen 20 Ärzte ihre Praxistätigkeit erst vor kurzem aufgenommen

haben oder noch aufnehmen werden. Diese werden hauptsächlich die ambulanten Kosten weiter ansteigen lassen.

### Schaffung neuer Gesetze

Die verschiedenen für die Gesundheitsreform relevanten Gesetze werden noch dieses Jahr in die Vernehmlassung geschickt werden. Dabei bilden die Revision des Krankenversicherungsgesetzes und die Schaffung eines neuen Ärztegesetzes die Schwerpunkte, da die Neuregelung der Berufszulassung der Ärzte, aber insbesondere auch der Zulassung zur gesetzlichen

Krankenversicherung unbedingt vor Ende des Zulassungsstopps am 30. Juni 2003 verabschiedet sein müssen. Weitere Änderungen betreffen die Revision des Sanitätsgesetzes und die Schaffung eines Gesetzes über ein Amt für Gesundheitsdienste sowie die Revision des Statistikgesetzes.

### Erfolgsloses Hausarztssystem

Das Hausarztssystem, wie es heute ist, hat nicht den erwarteten Erfolg gebracht, die Gründe dafür sind vielfältig. Wir können heute schon davon ausgehen, dass es in dieser Form in Zukunft nicht weitergeführt wird.

## FATF-Mitgliedschaft wird überprüft

Kleine Anfrage des VU-Abgeordneten Ivo Klein

Der VU-Abgeordnete Ivo Klein wollte von der Regierung im Rahmen einer kleinen Anfrage im Landtag wissen, wie sie sich zu der allfälligen Mitgliedschaft in der FATF stelle. Regierungschef Otmar Hasler:

Die Financial Action Task Force (FATF) zählt derzeit 29 Staaten sowie die Europäische Kommission und den Golf-Kooperationsrat zu ihren Mitgliedern. 18 Mitgliedstaaten stammen aus Europa. Bei diesen 18 europäischen Mitgliedstaaten handelt es sich um die 15 EU-Länder sowie die Schweiz, Norwegen und Island. Im Jahr 2000 wurden Argentinien, Mexiko und Brasilien als neue Mitglieder aufgenommen, was die starke Ausrichtung der FATF auf westeuropäische Mitglieder etwas abgeschwächt hat. Als Beobachter können auch regionale Organisationen, die ähnliche Funktionen wie die FATF wahrnehmen, an den FATF-Tagungen teilnehmen. Eine dieser regionalen Ländergruppierungen ist der Experten Ausschuss des Europarats zur Bekämpfung der Geldwäsche (PC-R-EV), bei welchem Liechtenstein Mitglied ist. Um die Zusammenarbeit mit Nicht-Mitgliedern zu stärken, setzt die



Ivo Klein (VU) wollte wissen, wie sich Liechtenstein zu einer FATF-Mitgliedschaft stellt. (Bild: Paul Trummer)

FATF seit einiger Zeit auf eine Intensivierung und Institutionalisierung der Kontakte mit diesen regionalen, FATF-ähnlichen Organisationen.

Die Regierung hat erste Abklärungen bezüglich einer FATF-Mitgliedschaft Liechtensteins in der Mitte des Jahres 2000 vorgenommen. Aus diesen Abklärungen ergab sich, dass es sich bei den FATF-Mitgliedern um einen relativ geschlossenen Kreis von

Staaten handelt, der nur in besonderen Fällen – unter anderem unter Berücksichtigung des politischen Gewichts des sich um die Mitgliedschaft bewerbenden Staates – erweitert werden dürfte. Es ergab sich damals auch, dass die Europa-Gruppe innerhalb der FATF an sich als geschlossen zu betrachten sei. Angesichts der Situation, dass Liechtenstein auf der FATF-Liste nicht kooperativer Staaten geführt worden war, hatte die Regierung die Frage der Mitgliedschaft anschliessend nicht konkret weiter verfolgt. Die Frage der Beantragung einer Mitgliedschaft Liechtensteins bei der FATF wird von der Regierung auch im Zusammenhang mit den noch offenen Fragen betreffend das Delisting Liechtensteins von der OECD-Liste erneut einer Überprüfung unterzogen werden. Gleichzeitig ist darauf hinzuweisen, dass derzeit auf internationaler Ebene verschiedene Diskussionen zur Frage stattfinden, welche internationale Institution – Europarat, UNO, IWF, OECD bzw. FATF – sich in Zukunft in der internationalen Zusammenarbeit mit den Bereichen Bekämpfung der Geldwäsche, des Terrorismus und der Korruption federführend befassen wird.»

## Ausserordentliche Medienförderung

Kleine Anfrage des VU-Abgeordneten Erich Sprenger

Der VU-Abgeordnete Erich Sprenger wollte von der Regierung wissen, ob seit dem Inkrafttreten des Medienförderungsgesetzes am 1. Januar 2000 Anträge auf ausserordentliche Medienförderungsbeiträge eingegangen seien. Regierungschef-Stellvertreterin antwortete wie folgt:

«Im Jahr 2000 wurden von folgenden Medienunternehmen Anträge auf ausserordentliche Medienförderung bei der Medienkommission eingereicht: Liechtensteiner Vaterland, Liechten-

steiner Volksblatt, Radio L, XML sowie FL-info. Die Bearbeitung dieser Anträge fanden in der Medienkommission in den Sitzungen vom 19. Februar 2001, 28. Mai 2001 und 13. Juni 2001 nicht statt. Die neue Medienkommission, die – aus bekannten Gründen – im Dezember 2001 bestellt wurde, durfte aufgrund der Aktenübergabe des ehemaligen Präsidenten davon ausgehen, dass keine Pendenzen aus dem Jahr 2000 zur Behandlung anstehen. Im Jahr 2001 suchten Radio L, XML sowie FL-info um ausserordentliche Medienför-

derung an. Die neu formierte Medienkommission behandelte diese Anträge ordnungsgemäss. Entscheidungen betreffend die genannten Anträge liegen im Entwurf vor und werden von der Regierung in Kürze ausgefertigt. Eine Antragsstellung an den Landtag zur Gewährung der ausserordentlichen Medienförderungsbeiträge erfolgt gemäss Art. 13 Bst. b des Medienförderungsgesetzes dann, wenn dem Antrag auf Ausrichtung der ausserordentlichen Medienförderungsbeiträge stattgegeben wurde.

## Lie-Comtel und LKK

Der FBP-Abgeordnete Alois Beck wollte von der Regierung über den Stand der Dinge bezüglich Lie-Comtel und LKK aufgeklärt werden.

Regierungsrat Hansjörg Frick: «Wie die Regierung bereits bei früherer Gelegenheit festgehalten hat, werden die Verantwortlichkeiten rund um die Vorkommnisse bei der Liechtensteinischen Krankenkasse, Schaan (LKK), sowohl in juristischer als auch in wirtschaftlicher Hinsicht abgeklärt und dem Landtag hierüber Bericht erstattet werden. Da derzeit die Sicherstellung des operativen Geschäftsbetriebes bei der LKK und die Vorbereitung der Fusion mit der FKB im Vordergrund stehen, sollen die Verantwortlichkeiten bis zum Frühjahr 2003 abgeklärt werden. Dies hat auch den Vorteil, dass dann der Jahresabschluss 2002 der LKK vorliegen wird und dieser mit dem Jahresabschluss 2001, welcher noch von der früheren Führung zu verantworten ist, verglichen werden kann. Die Regierung wird somit im Frühjahr 2003 den Landtag über das Ergebnis der Abklärungen rund um die Vorkommnisse bei der LKK informieren.

Bezüglich der Situation bei der Lie-Comtel kann festgehalten werden, dass der Verwaltungsrat der Liechtensteinischen Kraftwerke in der ersten Jahreshälfte 2002 zwei Firmen mit der wirtschaftlichen und rechtlichen Untersuchung der Lie-Comtel beauftragt hat. Anlässlich der Behandlung der Bürgerschaftspflichtung der Liechtensteinischen Kraftwerke im Juni-Landtag haben verschiedene Abgeordnete die Forderung aufgestellt, dass die Frage der Verantwortlichkeiten innerhalb der LKW/LieComtel noch einmal im Detail abzuklären sei. Die Regierung hat deshalb ein bisher unbeteiligtes Unternehmen mit der Klärung dieser Fragen beauftragt. Die Ergebnisse sollten der Regierung bis Ende November dieses Jahres vorliegen.